

ANTRAG

an die 184. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
am 25. Mai 2023

Ärztbereitstellungsgesellschaft für Tirol

Die 184. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol fordert die Tiroler Landesregierung auf, in umgehende Gespräche mit der ÖGK und der Ärztekammer für Tirol zu treten, um das derzeit nur für Wien und Niederösterreich angelegte Modell einer Ärztbereitstellungsgesellschaft und der Schaffung eines Ärztepools auch auf Tirol auszurollen.

Begründung:

Österreichweit sind derzeit rund 300 Kassenarztstellen unbesetzt. Das mag im ersten Moment nicht dramatisch erscheinen, allerdings stehen hinter jeder unbesetzten Kassenarztstelle mehrere tausend potenzielle Patienten. Lange Wartezeiten, unzumutbare Anreisen und das schlechte Gefühl einer medizinischen Unterversorgung sind die Folge für betroffene Menschen.

Unser Gesundheitssystem ist in vielen Bereichen selbst zum Patienten geworden. Vor allem die Versorgung im niedergelassenen Bereich wird von Jahr zu Jahr spürbar schlechter. Die Politik hat das Problem zwar erkannt, jedoch bis dato keine tragfähigen Maßnahmen in Umsetzung gebracht. In Tirol wurde noch kein einziges Primärversorgungszentrum eröffnet, es fehlen Ausbildungsplätze und Anreize für ausgebildete Ärzte, sich in Tirol langfristig niederzulassen und im Rahmen von Kassenverträgen dem öffentlichen Gesundheitssystem zur Verfügung zu stehen.

Hinzu kommt, dass insbesondere in der aktuellen Situation, viele Mediziner einerseits kein wirtschaftliches Risiko eingehen wollen und andererseits viel Wert auf geregelte Arbeitszeiten legen. Aus diesem Grund benötigt es wesentlich mehr Möglichkeiten, Mediziner im Rahmen eines Angestelltenverhältnisses zu beschäftigen. Aus diesem Grund haben ÖGK und Ärztekammer ein Pilotprojekt beschlossen:

<https://www.tt.com/artikel/30846934/oegk-stellt-aerztinnen-und-aerzte-fuer-verwaiste-kassenstellen-an>

Im Rahmen des Pilotprojekts „Ärztbereitstellungsgesellschaft“ will die ÖGK neun offene Kassenordinationen in Wien und Niederösterreich mit Ärztinnen und Ärzten besetzen.

Wien – Die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK) geht neue Wege in der Besetzung verwaister Kassenordinationen in Wien und Niederösterreich. Im Verwaltungsrat wurde am Dienstag das Pilotprojekt "Ärztbereitstellungsgesellschaft" beschlossen, die Ärztinnen und Ärzte stundenweise in der Betreuung von länger nicht nachbesetzten Standorten einsetzt, hieß es in einer Aussendung. Sie werden dafür angestellt und bekommen einen Stundenlohn bezahlt. Insgesamt werden neun Stellen über die Ärztbereitstellungsgesellschaft bespielt, sechs davon in Wien (drei Kinderarzt-Praxen, drei für Allgemeinmedizin). In Niederösterreich sind es zwei Allgemein- und eine Kinderarzt-Ordination. Der Stundenlohn ist aus ÖGK-Sicht mit 110 Euro attraktiv. Ab 1. Oktober 2023 steigt er auf 115 Euro, ab 1. Oktober 2024 auf 120 Euro und ab 1. Oktober 2025 auf 125 Euro. Dies orientiere sich am Durchschnittshonorar eines Allgemeinmediziners, hieß es auf APA-Anfrage.

Unabhängig von Alter, Wohnort oder Einkommen solle jeder und jede die Behandlung erhalten, die notwendig sei, wurde seitens der Kasse erklärt. Um dies weiterhin zu gewährleisten, seien innovative Konzepte notwendig. Insgesamt sei die allgemeinmedizinische Versorgung in Österreich sehr gut, 97 Prozent aller Planstellen besetzt. Der Vorteil für die Ärztinnen und Ärzte bei der Bereitstellungs-gesellschaft sei, dass sie sich an keinen Standort binden müssten und es ihnen ermöglicht werde, ohne unternehmerisches Risiko als Kassenarzt tätig zu sein. Auf diese Weise könne die ÖGK Mediziner im Bereich der Allgemeinmedizin und Kinderheilkunde gewinnen, die bisher nicht für das Kassensystem verfügbar gewesen seien. Die Ärztbereitstellungsgesellschaft arbeitet laut ÖGK in Zusammenarbeit mit den Ärztekammern für Wien und Niederösterreich, unter Einbeziehung der betreffenden Bundesländer.

Die Arbeitgeberseite begrüßte am Mittwoch in Form des ÖVP-Wirtschaftsbundes das Pilotprojekt. "Damit können wir einen weiteren Schritt zur besseren ärztlichen Versorgung unserer Versicherten setzen", so Moritz Mitterer, Vorsitzender der Dienstgeber-Kurie in der ÖGK-Hauptversammlung in einer Aussendung. Für Patientinnen und Patienten sei kein Unterschied zu einer Vertragsarztpraxis bemerkbar, versprach er. (APA)

So begrüßenswert dieses Pilotprojekt ist, so unverständlich ist das schmale Setting mit lediglich neun Kassenarztstellen in Wien und Niederösterreich. Abgesehen davon, dass die Ausrollung auf ganz Österreich eine schnelle Verbesserung der medizinischen Versorgung von tausenden potenziellen Patienten bedeuten würde, sollten im Rahmen eines repräsentativen Pilotprojekts auch die individuellen Gegebenheiten in den einzelnen Bundesländern evaluiert werden.